

**D**ie Bildung der Bundesregierung hat viel zu lange gedauert – und dann kam nach der Ver- eidigung von Kanzlerin und Ministern auch schon die Osterpause. Nun ist seit der Bun- destagswahl bereits mehr als ein halbes Jahr vergangen. Deshalb muss die Regierung die vertane Zeit aufholen und möglichst schnell Ergebnisse liefern. Deutschland braucht mittelfristig eine Agenda 2030, die aufzeigt, wie wir unseren Wohlstand auch in Zeiten der Digitalisierung langfristig sichern können. Die Entwicklung einer solchen Agenda braucht Zeit. Für die Bundesregierung sollte das aber keine Ent- schuldigung sein. Denn auch kurzfristig gibt es in Deutschland mehr als genug zu tun – vor allem in den folgenden vier Bereichen. Erstens müssen wir aus dem nur mit Mühe und nur vorerst abge- wendeten Handelskrieg mit den USA die richtigen Konsequenzen ziehen. Damit eine weltweite Rezession nicht nur noch eine Frage der Zeit ist, brauchen wir Maßnahmen zur Stabilisierung des offenen Handelsaustausches weltweit – und ein echtes Handels- abkommen zwischen der EU und den USA. Ein gutes Vorbild dafür ist das multilaterale Abkommen Ceta zwischen der EU und Kanada. Wir Europäer müssen uns bei den Verhandlungen nicht klein machen. Der europäische Binnenmarkt hat die größte Wirtschaftskraft. Das kann selbst Donald Trump nicht ignorieren. Zweitens beginnt Anfang des näch- sten Jahres bereits der Wahlkampf für die Europawahlen im Frühjahr. Noch in diesem Jahr wird in Hessen und Bayern gewählt. Das Zeitfen- ster, um Europa mit mutigen Reform- schritten zu stärken, ist deshalb nur wenige Monate groß. Was nicht bis Herbst gemeinsam mit Frankreich auf den Weg gebracht ist, hat kaum noch Chancen auf Realisierung.

**Wir müssen die EU krisenfest ma- chen.** Der französische Präsident hat konkrete Vorschläge vorgelegt, etwa, einen europäischen Finanzmi- nister zu ernennen und einen Euro- Haushalt zu schaffen. Die deutsche Antwort war bislang zurückwei- send. Alternativvorschläge aus Berlin? Leider Fehlanzeige! Die Zukunftsfähigkeit unserer sozialen Marktwirtschaft hängt jedoch von einer Stärkung der europäischen Zusammenarbeit und einer besser koordinierten Wirtschafts- und Währungspolitik ab. Wichtig ist, dass die EU-Mittel mehr für Investitionen in die Zu- kunft – vor allem in den Bereichen Digitales und Energie – als für Subventionen für die Vergangenheit eingesetzt werden. Die Vision ist ein ökonomischer Schengen-Raum, in dem alle Branchen in ei- nem vollendeten Binnenmarkt arbeiten, die Regulierung verein- heitlicht und die Bürokratie reduziert wird. Wir müssen uns dabei endlich auch so schwierigen Themen wie einer Unternehmens- steuerreform auf europäischer Ebene widmen. Drittens dürfen wir uns von unserer guten wirtschaftlichen Lage nicht blenden lassen. Zwar ist das Wirtschaftswachstum in Deutschland stabil, die Steuereinnahmen sprudeln, die Beschäfti-

gung erreicht Rekordhöhen. Trotzdem gibt es bedenkliche Ent- wicklungen: Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, das Armutsrisiko und die Ungleichheit haben inzwischen unerträgliche Ausmaße erreicht. Auch die Bildungs- und Aufstiegschancen sind höchst ungleich.

**Dieser Entwicklung müssen wir** mit einer klugen und weitsichtigen Wirtschaftspolitik begegnen. Wir brauchen eine moderne soziale Marktwirtschaft, die inklusiv ist: Die persönliche und berufliche Entwicklung eines Menschen darf weder vom Geldbeutel noch von der Herkunft abhängen. Das inklusive Wachstum baut darauf auf, dass die Erträge des Aufschwungs bei möglichst allen Men- schen ankommen, sei es durch gute Löhne oder Vollbeschäftigung. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat vor Kurzem berechnet, dass unsere Wirtschaftsleistung bei einer gerechteren Verteilung um rund 50 Milliarden Euro höher ausfallen könnte. Ökonomen gehen bereits seit Langem davon aus, dass soziale Ge- rechtigkeit auch eine unverzichtbare und wichtige wirtschaftliche Produktivkraft ist. Schließlich steigern Qualifikation, Motivation und Flexibilität durch soziale Sicherheit die Arbeitsproduktivität erheblich. Zugleich sichert eine breite Kaufkraft die Nachfrage. In diesem Zusammenhang sollte auch weniger über Vermögensbe- steuerung als über Vermögensbil- dung in breiten Schichten nachge- dacht werden. Wer sich anstrengt, muss darauf bauen können, dass der Staat an seiner Seite ist – das wäre ein gutes Zukunftsmotto. Viertens brauchen wir mehr als 70 Jahre nach Ludwig Erhards „Wohl- stand für Alle“ eine neue Grund- satzdebatte. Die soziale Marktwirt- schaft 4.0 ist der Bezugspunkt. Durch die neuen Herausforderun- gen der Digitalisierung drohen massive soziale Eruptionen. Zu- mindest dann, wenn es nicht ge- lingt, neue Jobs in den neuen digita- len Bereichen zu schaffen, während zugleich Tausende Arbeitsplätze durch Automatisierung und auto- nome Steuerung wegfallen.

Der Schlüssel ist deshalb lebens- lange Qualifikation. Menschen, die einfache, maschinell zu substi- tuierende Tätigkeiten ausführen, sind oft schlecht ausgebildet. Die Idee einer Arbeits- und Qualifikationsversicherung statt der Ver- waltung der Arbeitslosigkeit muss schrittweise umgesetzt werden. Das im Wahlkampf von der SPD vorgeschlagene Arbeitslosengeld Q (für Qualifikation) sollte dringend aufgelegt werden. Ein lebens- langes Bafög für alle, das die Weiterqualifikation bis ins höhere Alter umfasst, wäre ein ähnlich epochaler Reformschritt. Ludwig Erhard würde heute wohl sagen: Qualifikation für alle ist die Grundlage für den Wohlstand für alle. ■

## Qualifikation für alle!

■ Um unseren Wohlstand zu sichern, braucht Deutschland mittelfristig eine Agenda 2030. Aber das reicht nicht: Auch kurzfristig gibt es für die Bundesregierung viele drängende Aufgaben.



**Gastkommentar**  
Harald Christ

**Harald Christ, 46, ist Präsidiumsmitglied des SPD-Wirtschafts- forums. Bis Ende 2017 arbeitete der Finanzmanager als Vorstandsvorsitzender der Vertriebseinheit der Ergo-Versicherung.**